

---

# Aussprache

---

## An den Problemen vorbei

(Zum Beitrag von Manfred Scharrer zur Sozialismus-Debatte, GMH12/90)

Neben Hinrich Oetjen (GMH 10/90) hat auch Manfred Scharrer den Beitrag „Abschied von der Einheitsgewerkschaft“ (GMH 8/90) von Heinz Bierbaum und mir kritisiert. Erstens geht die Kritik an unserer Argumentation komplett vorbei, zum zweiten werden uns Positionen unterstellt, die wir nicht formuliert haben. Drittens behauptet Scharrer, bei Marx sei Abschaffung des Marktes identisch gemeint mit Abschaffung des Kapitals und des Privateigentums, eine Aussage, die angesichts der veröffentlichten Texte von Marx und Engels einfach zu widerlegen ist, wenn sie gerade auch bei vielen Linken den Charakter eines Standardvurteils hat. Zu den Punkten im einzelnen:

1. Der überwiegende Teil unseres Aufsatzes besteht aus einer Einschätzung der zu erwartenden ökonomischen und sozialen Verwerfungen im neuen Gesamtdeutschland und daraus gezogenen Schlußfolgerungen für die politischen Gestaltungsaufgaben gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Danach kritisierten wir den unhistorischen Bezug auf Eduard Heimanns These vom Doppelcharakter der Sozialpolitik im Kapitalismus. Über beides läßt sich sicher streiten und eine produktive Diskussion über diese Inhalte wollten wir anregen. Dazu haben wir lediglich in der FAZ eine sachliche

und zusammenfassende Darstellung gelesen. Das gewerkschaftliche Echo in den GMH dagegen ist bis heute deprimierend inhaltslos, obwohl die Sachaussagen unseres im Mai 1990 geschriebenen Artikels bezüglich des industriellen Ruins und der dramatischen Arbeitslosigkeit sich heute leider bestätigt haben.

2. Scharrer behauptet, wir würden „der DKP und ihren Freunden einräumen, sich (in der Auseinandersetzung um die Oberurseler Thesen, M. W.) argumentativ verhalten zu haben“. Ebenso behauptet er, wir hätten die DKP „schlankweg unter sozialistische Strömungen subsumiert“. In unserem Text finden sich solche Aussagen überhaupt nicht. Wir hatten lediglich die Gefahr der gewerkschaftspolitischen Ausgrenzung sozialistischer Strömungen in der früheren DDR konstatiert. Hier handelt es sich bei Scharrer um die bereits bei Oetjen kritisierte Taktik: Die Auseinandersetzung mit unliebsamen politischen Positionen wird dadurch geführt, daß die Autoren in die DKP-Nähe gerückt werden.

3. Marx selbst hat sich eindeutig zum Verhältnis von Warenzirkulation (= Markt) und Warenproduktion geäußert: „Warenproduktion und Warenzirkulation sind aber Phänomene, die den verschiedensten Produktionsweisen angehören, wenn auch in verschiedenem Umfang und Tragweite. Man weiß also noch nichts von der differentia specifica dieser Produktionsweisen und kann sie daher auch nicht beurteilen, wenn man nur die ihnen gemeinschaftlichen,

abstrakten Kategorien der Warenzirkulation kennt" (MEW 23/S. 128 Fn. 73). Entwickelte Zirkulationsverhältnisse, also Ware-Geld-Beziehungen gibt es historisch schon lange vor der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise. Scharer macht hier den gleichen Fehler, wie vor 1922 Lenin, Bucharin, Preobraschenski und viele andere. Entwickelte Ware-Geld-Beziehungen werden mit Kapitalismus identifiziert.

Die daraus resultierende Zerstörung vorhandener Ware-Geld-Prozesse (in der Sowjetunion, d. Red.) hatte damals schreckliche Konsequenzen und mußte durch das Defensivkonzept der „Neuen ökonomischen Politik“ (NEP) zum großen Teil wieder zurückgenommen werden. Die NEP konnte sich allerdings nicht durchsetzen und wurde 1927/28 durch eine starre Zentralverwaltungswirtschaft abgelöst. Bei Scharer sind die Konsequenzen der Gleichsetzung von Markt und Kapitalismus freilich andere. Gesellschaftliche Alternativen jenseits des Kapitalismus sollen nicht mehr gedacht werden. Das ist eine diskutabile Haltung. Nur sollte er sich dann mit anderen theoretischen Positionen inhaltlich auseinandersetzen, als sie bloß zu denunzieren.

Michael Wendt,  
München

## Fragwürdige Prämissen

(Zum Beitrag von Karl Georg Zinn, Lohnzurückhaltung, Investitionen und Produktivitätswachstum — eine kritische Einschätzung der Zusammenhänge, GMH 12/90, S. 745 ff.)

Zinn stellt die Thesen auf, daß mäßige Lohn erhöhungen und günstige Lohnstückkostentwicklung in den achtziger Jahren den Substitutionsanreiz verminderten, daß die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ein zentraler Indikator der Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft sei und sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in einem problematischen Prozeß befinde. Er zieht aus diesen Befunden den Schluß, daß Lohnerhöhungen nötig seien, um außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abzubauen, kosteninduzierte Produktionsverlagerungen zu verhindern und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern.

Die erste und dritte dieser Zielsetzungen sind zumindest widersprüchlich. Zinn löst diesen Widerspruch auf, indem er das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht nicht durch Erhöhung der Importe mindern will, sondern

durch eine Binnenmarktorientierung im nationalen Maßstab. [ ... ]

Insgesamt geht Zinn meines Erachtens von fragwürdigen Prämissen aus, die darüber hinaus einseitig interpretiert werden.

1. Die Annahme, daß Lohnerhöhungen zu Rationalisierungen führen, wäre nur unter der Bedingung richtig, daß Knappheit oder Zugangsbeschränkung auf dem Arbeitsmarkt herrschen, weil sonst der Kostenanstieg durch billige Arbeitskräfte kompensiert werden kann. Knappheit wird in der Regel durch Interessenverbände hergestellt. Wenn Zinn gleichzeitig feststellt, daß sich die Position der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit verschlechtert hat, würde dies bedeuten, daß es keine Knappheit auf dem Arbeitsmarkt gibt. [ ... ]

2. Zinn entdeckt einen Widerspruch zwischen Produktivitätsentwicklung und technologischer Entwicklung, wenn er davon ausgeht, daß die Mikroelektronik nicht den erwarteten Produktivitätseffekt gehabt habe: Der Mikroelektronik wohne einerseits nicht das Potential inne, das ihr zugeschrieben wurde, andererseits seien die innovativen Technologien im Finanzsektor eingesetzt worden, wo sie vermutlich Opportunitätskosten verursachten. Die erste Erklärung ist tautologisch und mystisch, weil sie einer Technologie Eigenschaften unterstellt, die sie nicht haben kann. Erst die Art und Weise ihres Einsatzes verschafft ihr bestimmte Eigenschaften. Die nächstliegende Erklärung wäre, daß die Durchschnittsproduktivität beim Einsatz kapitalsparender Technologie konstant bleibt oder nur geringfügig ansteigt. Dieser Zusammenhang verweist auf die Politik der Gewerkschaften, Arbeitsplätze zu sichern. Insofern haben die Gewerkschaften dazu beigetragen, daß das mystische Optimum, das dem technischen Fortschritt innewohnen soll, nicht zur Wirkung kam. [ ... ]

Der Indikator „Arbeitsproduktivität“ habe keinerlei Aussagewert hinsichtlich der Branchenproduktivität und des Faktoreinsatzes, lautet die zweite Aussage. Bezogen auf das Gebiet der fünf neuen Bundesländer würde das bedeuten, daß durch den massiven Arbeitsplatzabbau und durch Konkurse die Produktivität dort erheblich steigen wird. [ ... ]

3. Die Aussage, daß die sinkende Lohnquote der achtziger Jahre auf mäßige Lohnabschlüsse hinweise, ist nicht einsichtig. In meinem Verständnis sagt die Lohnquote etwas über die quantitative Veränderung der Lohnmenge, also über die relative Einkommensverteilung, und nichts über qualitative Verände-

rungen der Löhne aus. Sie sagt auch nichts aus über die Kostenseite. [...]

Für die Lohnstückkostenentwicklung und die Lohnentwicklung im internationalen Vergleich bezieht sich Zinn auf die Statistik „Economic Outlook“ der OECD. Diese Statistik bietet aber insofern eine ungenügende Vergleichsbasis als sie dieses Verhältnis in Dollar ausdrückt, ohne eine Wechselkursbereinigung vorzunehmen.

4. Zinns Annahme, nach der massive Lohn-erhöhungen in den sechziger Jahren, im Gegensatz zu einer angeblichen Lohnzurückhaltung in den achtziger Jahren, einen Produktivitäts-schub auslösten, ist nicht belegt. Aus den „historical statistics“ der OECD ergeben sich jahresdurchschnittliche Lohnerhöhungen in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren von 3,5 Prozent, in den siebziger Jahren von 4,4 Prozent und 3,9 Prozent in den achtziger Jahren. [...]

5. Zinn stellt fest, daß japanische Investoren dynamischer und/oder risikobereiter als deutsche Unternehmer seien. Diese Dynamik rührt aber nicht von der so geschätzten Binnenmarkt-Orientierung und hat nicht die unterstellten Folgen. Die Investitionstätigkeit der japanischen Unternehmer findet jedenfalls keinen Niederschlag in der Beschäftigungsentwicklung. Nach den Daten der OECD ergibt sich in Japan zwischen 1970 und 1980 eine Abnahme der industriellen Beschäftigung von 11,5 Prozent und von weiteren 4,8 Prozent bis 1985. Seit 1985 stagniert die Entwicklung. Die Gesamtbeschäftigung stieg von 1970 bis 1980 um 7 Prozent, von 1980 bis 1985 um 5 Prozent und weitere 4 Prozent bis 1988.

Für die Bundesrepublik gelten folgende Vergleichszahlen: Die industrielle Beschäftigung verringerte sich zwischen 1970 und 1980 um 17,1 Prozent, von 1980 bis 1985 um 10,4 Prozent und stieg von 1985 bis 1988 um 1,7 Prozent. Die Gesamtbeschäftigung sank von 1980 bis 1985 um 2,1 Prozent und stieg von 1985 bis 1988 um 3 Prozent. Ein Vergleich der Kapitalbilanz belegt deutlich, daß die Japaner in wesentlich stärkerem Maße im Ausland investierten als die deutschen Unternehmer. Den hohen Produktivitätssteigerungen in Japan steht die moderatere Lohnstückkostenentwicklung gegenüber. Dies kann kaum zur Stützung der These herangezogen werden, wonach steigende Lohnkosten einen Produktivitätsschub bewirken.

6. Mit der Forderung, daß die Löhne in dem Maße steigen müßten, in dem das Realzinsniveau egalisiert wü'd, damit produktionswirk-

same Investitionen weiterhin getätigt werden, konstruiert Zinn eine Lohnleitlinie, die mit Sicherheit Inflation auslöst. Lohnerhöhungen als Vorwegnahme von zukünftigen Produktivitätssteigerungen würden in jedem Fall auf ein gleichbleibendes Güterangebot treffen. Dies gilt sogar für den Fall, daß die Produktivitätssteigerung mit extrapolierten Daten prognostiziert würde. Verstärkt gilt es, wenn strategische Optionen der Unternehmer derart verkannt werden. [...]

Zu dem Dilemma, in dem Zinn die gewerkschaftliche Lohnpolitik sieht, ist festzustellen, daß Lohnerhöhungen nach Maßgabe der von Zinn formulierten Lohnleitlinie eher kurzfristig wären.

Otto Sundt,  
Braunschweig

## Gewerkschaften der Zukunft

(Zum Beitrag von Heinz-Werner Meyer,  
Die soziale Einheit gestalten!, GMH1/91, S. 1 ff.)

Die Situation moderner Gesellschaften, die durch Differenzierung, Individualisierung und Offenheit gekennzeichnet ist, lenkt die Debatte um die Zukunft der Gewerkschaften auf die Frage der Dezentralisierung. Bislang wurde unter diesem Stichwort vorrangig räumliche Dezentralisierung verstanden. Mir erscheint es jedoch als notwendig, gleichzeitig auch sachliche und zeitliche Dezentralisierung zu thematisieren. Dann vermag das Dezentralisierungskonzept ein tragfähiger Lösungsansatz zu sein, den gesellschaftlich feststellbaren Rückzug der Menschen ins Private (mit den für die Gewerkschaften sichtbaren Folgen einer Überalterung ihrer Funktionäre und sinkendem Engagement ihrer Mitglieder) aufzuhalten.

Räumliche Dezentralisation meint die Kooperation benachbarter Städte und Kreise, die gemeinsame Arbeit in regionalen Projekten und Initiativen. Folgeproblem einer regionalen Dezentralisierung ist das Koordinationsproblem. Im Rahmen einer sich entwickelnden Netzwerkstruktur müssen Lösungsmöglichkeiten gefunden werden, die das Zusammenfinden Interessierter und die Kommunikation von Arbeitsergebnissen und Handlungsperspektiven in räumlicher, zeitlicher und sachlicher Hinsicht gewährleisten.

Fragen der zeitlichen Dezentralisierung verweisen auf die jeweils unterschiedliche Dauer des Engagements einzelner und der zu behan-

delnden Inhalte. Unbestritten gibt es Themen, die der Gewerkschaftsarbeit dauerhaft unterliegen werden. Ich denke hier an die Einkommens-, Lohn- und Verteilungspolitik, aber auch an Regelungen von Arbeitszeit und -bedingungen; schließlich sind wir vom Reich der Freiheit noch reichlich entfernt. Es gibt aber auch Themen, die entweder nur vergleichsweise kurzfristig und aktuell relevant sind oder die zeitlich nicht dauerhaft geltende Spezifizierungen umfassender Politikziele sind. Beispielsweise ist es in den fünf neuen Ländern in kurzer Frist gelungen, eine weitgehend handlungsfähige gewerkschaftliche Infrastruktur zu errichten, während der Prozeß des Ausgleichs der unterschiedlichen Mentalitäten und Lebensweisen sicher noch längere Zeit beanspruchen wird.

An diese Überlegungen anschließend ist zu fragen, wie es um die Kontinuität der Arbeit bestellt ist. Zeichnen sich die Gewerkschaften der Zukunft vor allem durch eine Kontinuität der Diskontinuitäten aus? Wie kann es gelingen, zeitliche Anschlußfähigkeit je temporal begrenzter Unternehmungen sicherzustellen, wobei dies zugleich nicht bedeuten darf, daß notwendigerweise auch dieselben Mitarbeiter mit den jeweiligen Anschlußprojekten betraut sein müssen? Wie läßt sich die Weitergabe des erreichten Informationsniveaus weitgehend bruchlos realisieren? Diese und ähnliche Fragestellungen zeigen, daß der Weg der zeitlichen Dezentralisierung äußerst risikoreich ist, andererseits aber die Chance verheißt, mehr Gewerkschaftsmitglieder als heute in die Arbeit miteinzubeziehen.

Sachliche Dezentralisierung schließlich meint die Spezifizierung und Eingrenzung der zu bearbeitenden Inhalte. Hierbei stellt sich ein Kohäsionsproblem. Denn je differenzierter Thematiken gestellt und behandelt werden, desto unübersehbarer und undeutlicher wird das Profil einer Organisation. Es kann der Anschein der Willkür und Beliebigkeit erweckt werden. Dies wiederum wirft die Frage nach einer zugrunde liegenden Leitidee auf.

Gefordert ist ein gewerkschaftliches Nachdenken über die eigene gesellschaftspolitische Rolle und Verantwortung im Sinne einer inhaltlichen und handlungskonzeptionellen Konkretisierung von Konzepten gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt. Es gilt, wertrationale Positionen hinsichtlich des Ausgleichs von Ökonomie und Ökologie, der Konversion von Rüstungsbetrieben, der Verantwortung für die sogenannte „Dritte Welt“, der Bekämpfung von Wohnungsnot, Armut und Arbeitslosigkeit zu entwickeln. Diese Aufzählung ist nur beispielhaft und unvollständig. Zukünftig wird sicherlich noch manches neue Thema auftreten, dem sich die Gewerkschaften zu stellen haben. Gleichzeitig dürfen sie sich auch nicht scheuen, Bündnispartner außerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu suchen und zu gewinnen. Was wir alle aber nicht vergessen sollten ist die Tatsache, daß nur derjenige gesellschaftlichen Wandel einfordern kann, der selbst auch wandlungsfähig ist.

Volker Offermann,  
Kaarst